

DEUTSCHLAND

Bonn: Draht nach Moskau gestört

Der Anspruch des amerikanischen Präsidenten, die USA müßten in jedem Fall stärkste Weltmacht bleiben, hat die Bonner verschreckt. Die Bundesregierung fürchtet, in ein

neues Wettrüsten hineingezogen zu werden. In Gesprächen mit Carter und Breschnew will Schmidt versuchen, die Supermächte wieder für Entspannung zu gewinnen.

Der Verteidigungsminister blieb mit seinen Forderungen zivil. Statt die Weltkrise um den Mittleren Osten zum großen Angriff auf die Bundeskasse zu nutzen, verzichtete Hans Apel am vergangenen Mittwoch im Kabinett auf mehr Geld und auf mehr Soldaten.

Die eingeplanten Etatmittel von 38,5 Milliarden Mark, so Apel bescheiden, reichten erst einmal: „Das Gerede um eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts muß endlich aufhören.“ Er brauche wegen des gestiegenen Ölpreises allenfalls mehr Benzingeld — höchstens 250 Millionen Mark.

Schon vorher hatte der Minister vor hohen Militärs und leitenden Beamten seines Hauses die Parole ausgegeben, zu „dramatischen Maßnahmen“ bestehe zur Zeit kein Anlaß. Die Bundeswehr komme mit ihren 495 000 Mann aus, die Wehrdienstzeit werde nicht verlängert, der Schutzbereich der Nato nicht ausgedehnt.

Ganz anders beurteilte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kohl die Lage: „Ich bin der Meinung, daß die Kriegsgefahr enorm angewachsen ist.“

Panikmache? Nicht nur. Auch im Regierungslager wächst die Sorge, das Verhalten der beiden Supermächte werde immer weniger berechenbar, der Höhepunkt der Spannungen sei wahrscheinlich noch längst nicht erreicht. Duster warnte Herbert Wehner vor einer Situation, in der die Weltmächte in den Krieg schlittern könnten, ohne es eigentlich zu wollen.

Der Bundeskanzler hütet sich noch wohlweislich davor, in der Öffentlichkeit von Kriegsgefahr zu reden. Denn anders als ein Oppositionspolitiker müßte Schmidt seinen Worten Taten folgen lassen und militärische Vorsorge



Entspannungspolitiker Schmidt: Tiefe Betroffenheit

Trotz Kissinger: Holocaust?

Seit 1957, seit „Mr. Strangelove“ Kissinger sein epochemachendes Buch „Kernwaffen und Auswärtige Politik“ veröffentlicht hat, ist die Diskussion, ob Sicherheit überhaupt noch möglich sei, im Gange. Kissinger sagte damals zum SPIEGEL (Conrad Ahlers hatte noch keine weißen Haare), man solle „grundsätzlich nicht nur an die Kriege denken, die geführt werden, sondern auch an die Kriege, die vermieden werden“.

Was hieß das damals? Daß die beiden Weltmächte sich durch Signale verständigen würden, wie weit jede von ihnen gehen würde. Die Krise um Afghanistan zeigt uns, daß sie sich im Ernstfall nicht verständigen, vor allem nicht darüber, wann und in welcher Region sie sich zu verständigen haben.

Kissinger war damals ein wenig kess. Er hielt für möglich, daß die Amerikaner Kursk und Charkow einen auf den anderen Tag durch Atombomben vernichten und der amerikanische Botschafter in Moskau gleichwohl dableibt und den Sowjets ankündigt, was sie zu gewärtigen haben.

Dies war von Anfang an ein idiotisch-utopisches Bild. Kein Krieg, selbst nicht der moderne Krieg, sieht so aus. Aber Kissinger hat an dieser Vision festgehalten.

Das Ergebnis: In Afghanistan haben die Sowjets etwas getan, was sie den Amerikanern unbedingt am gleichen Tag hätten klarmachen müssen. Das System der Signale funktioniert überhaupt nicht. Warum nicht?

Kissinger sagt, weil die Sowjets ohne ihn nicht handlungsfähig seien. Dies ist, in Wahrheit, wohl nicht möglich. Das Kissingersche System hat einen schweren Fehler, der in der Person seines Schöpfers begründet liegt.

Solange die beiden Weltmächte einander konfrontiert sind, direkt konfrontiert, ist das System in Ordnung. Nur hätten wir dazu einen Kissinger nicht gebraucht. In Griechenland, in Finnland, in Persien, in Österreich hat diese Art System immer funktioniert, ohne daß von einem Dr. Henry Kissinger auch nur die Rede war.

Es gilt also, Abschied zu nehmen von einer Doktrin, die nie eine war.

In Kuba hat Präsident Kennedy ohne Kissinger das Richtige getan. Im Libanon und am Suez und in Hanoi/Haiphong hat die Regierung Nixon mit Kissinger das Richtige getan, ohne jede Doktrin. Das war nur Machtpolitik, gekonnte.

Sie reicht aber nicht, wenn es um die Innenpolitik dritter oder vierter Länder geht, wie wir jetzt sehen. Zwar behauptet Kissinger, ein Spezialist für den Ersten Weltkrieg zu sein. Dies kann man aber nur mit Zweifeln akzeptieren. Er ist ein Spezialist für das System zwischen Metternich und Castlereagh, zwischen zwei Großmächten also, von denen keine imstande war, die Welt in den letzten Krieg zu stürzen.

Kissinger, in seinem Unverständnis für Innenpolitik, hat natürlich auch kein Verständnis für alles das, was in einem Lande, das nicht USA heißt, passiert. Er sagt, mit einem gewissen Recht, die Vereinigten Staaten hätten im Iran kaum etwas anderes machen können.

Warum wirft er dann aber dem Präsidenten Carter vor, daß der nichts anderes gemacht hat? Warum, daß er weder in Angola noch in Äthiopien eingeschritten ist? Warum in Afghanistan nicht, das doch immer Einflußsphäre der Russen war, wie ganz Mittelamerika samt Südamerika Einflußsphäre der USA?

Es hat doch keinen Sinn, die Geopolitik des seligen Haushofer, des Heß-Freundes, für der Weisheit letzten Schluß zu halten. Kissingers System versandet sofort, wenn innenpolitische Entwicklung oder auch gar Emotionen ins Spiel kommen.

Seine Lesart heißt: Ihr hättet den Russen von Anfang widerstehen müssen, dann wären sie nicht in Angola, nicht in Äthiopien, nicht im Iran und nicht in Afghanistan erfolgreich gewesen.

Der Versager ist also Jimmy Carter, von dem nicht zu erwarten ist, daß er den Henry Kissinger zum Außenminister ernennen wird. Uns aber scheint, daß Kissingers Grundauffassung falsch ist.

Die Großmächte im Jahre 1914 haben auch nicht klar erkannt, daß

der Balkan ein den Weltkrieg auslösendes Problem war. Sie haben nicht gesehen, was damals passierte. Sie waren blind, so wie jetzt alle Weltmächte blind sind.

Es stimmt zwar, daß die deutsche Militärmaschinerie den Krieg in Gang gesetzt hat, so wie die Sowjets ihn in Gang setzen würden, wenn er jetzt entstünde. Aber warum? Aus Obsession.

Der deutsche Admiral Tirpitz und sein Kaiser wollten dem britischen Weltreich auf den Meeren ebenbürtig sein. Der sowjetische Admiral Gorskow beanspruchte dasselbe für seine Flotte: den USA gleich.

Carter sagt, wie jeder andere Präsident sagen würde, daß die USA die stärkste Macht der Welt bleiben müßten. In unserem Interesse liegt dies auch. Aber welthistorisch gesehen ist das nicht naturnotwendig. Die Sowjets haben jedes Recht, sofern sie stark genug sind, gleich stark, wenn nicht die stärkste Macht zu werden. Dies ist die Psychologie der Macht, die Kissinger niemals einsehen wird.

Einander über schwierige Probleme zu verständigen, ist die einzig wichtige, allerdings auch die entscheidende Wichtigkeit des Dialogs zwischen Ost und West. Symbol dafür ist das „rote Telephon“, das es zwischen Moskau und Washington nie gegeben hat.

Immer noch gibt es keine Alternative zur Entspannung, vor allem nicht eine, die auf dem Sportfeld wieder gutmachen wird, was in der Diplomatie versiebt worden ist. Nur, das Kissingersche System, 1957 ausgearbeitet, seitdem mehrfach negativ und positiv erprobt, versagt.

Wer sich nicht einmal darüber verständigen kann, in wessen Interessensphäre Afghanistan liegt, wie soll der den dritten und letzten Weltkrieg noch vermeiden? Kissingers System krankt an dem rein außenpolitischen Denken seines Schöpfers. Der Iran wäre in jedem Fall für den Westen verlorengegangen, gleichgültig, welcher Präsident oder Außenminister in den USA amtiert hätte. Warum nicht davon ausgehen, daß die Region, die Religion und die jeweiligen Länder nicht berechenbar sind?

treffen — mit allen Risiken eines gegenseitigen Hochschaukelns.

Der Regierungschef aber will alles vermeiden, was die Konfrontation verschärfen und Mitteleuropa zum neuen Krisenherd machen müßte.

Mißmutig beklagte der Kanzler im Kabinett das Verhalten des amerikanischen Präsidenten, der bei seinen Demonstrationen der Stärke zuwenig die Rückwirkungen in Moskau bedenke. Schmidt: „Der Westen braucht ein Krisenmanagement, das die Reaktion der anderen Seite mit einbezieht.“

In der Kuba-Krise hätten die USA den Russen Gelegenheit gegeben, ihr Gesicht zu wahren, indem sie nach Abzug der sowjetischen Raketen ihrerseits die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in der Türkei abbauten. Diesmal habe Jimmy Carter es offenbar unterlassen, den Sowjets die Möglichkeit einzuräumen, sich ohne Demütigung aus der Affäre zu ziehen.

Zwar teilt Schmidt die Meinung Carters, der Westen dürfe sich diesmal nicht — wie beim Einmarsch der Russen in Prag — mit bloßen Protesten zufriedengeben. Zwar haben sich Bonn und Washington auf die „Gesamtstrategie“ (Außenminister Hans-Dietrich Genscher) verständigt, die antisowjetische Stimmung in der Dritten Welt zu freundschaftlicheren Beziehungen zu nutzen und die Staaten am Persischen Golf wirtschaftlich und militärisch stärker an den Westen zu binden.

Aber in der Bundesregierung löste Genschers Bericht über seine Gespräche in Washington tiefe Betroffenheit aus. Carter, so der Eindruck, gefalle sich zunehmend in der Rolle eines Präsidenten, der nach den deprimierenden Erfahrungen mit Vietnam, Watergate und Teheran das amerikanische Volk mit neuem nationalen Stolz erfüllen will.

Voller Schrecken erinnern sich die Bonner daran, in welche Schwierigkeiten der Moralist aus Georgia den Westen mit seiner Menschenrechtskampagne zu Beginn seiner Amtszeit gebracht hat. Nun fürchten Schmidt und Genscher, der nationale Erwecker könne in seinem Drang, amerikanische Größe zu beweisen, die Welt in einen neuen Kalten Krieg, sogar an den Rand des großen Krieges führen.

Während die Sowjets auch während des Vietnam-Krieges den Dialog mit Washington nicht abreißen ließen, verlangte Carter in seiner Botschaft an die amerikanische Nation am vergangenen Mittwoch Vergeltung: „Die Sowjet-Union muß einen konkreten Preis für ihre Aggression zahlen.“

Daß die Bonner bei Straffaktionen Carters nicht vor Überraschungen sicher sind, erfuhren sie vorletzten Sonntag: Der US-Präsident drohte ultimativ den Boykott der Olympischen Spiele in

Moskau an, ohne sich zuvor mit der Bundesregierung abzustimmen — obwohl Carter und Schmidt zuvor mehrfach telefoniert hatten. Bleibt Carter hart, dann könnte eine Lage entstehen, in der die Westdeutschen aus Solidarität zur Schutzmacht mitziehen, ohne Rücksicht auf politische Verluste (siehe Seite 22).

Schmerzhaft wird der Bonner Regierung bewußt, wie gering in Spannungszeiten ihr Spielraum und wie groß ihre politische und militärische Abhängigkeit von den USA ist — so unklug deren Verhalten mitunter auch sein mag. Ein Bonner Staatssekretär: „Jetzt haben wir die Finnlandisierung der Bundesrepublik, aber andersherum.“



Verteidigungsminister Apel
Verstärkung der Bundeswehr?

Wir sind das Finnland der Amerikaner.“

Um so mehr mußte die Bundesregierung Carters Anspruch schrecken, die USA wollten in jedem Fall Weltmacht Nummer eins sein. „Wir müssen jeden Preis zahlen, um die stärkste Nation der Welt zu bleiben“, forderte der Präsident in seiner Botschaft an die Nation — und setzte sich damit über den wichtigsten Grundsatz der Entspannungspolitik zwischen Ost und West hinweg.

Nach der Kuba-Krise hatten Washington und Moskau militärisches Gleichgewicht verabredet, die Verträge über die Begrenzung der strategischen Waffen — Salt I und Salt II — waren Schritte hin auf diese Parität.

Macht Carter nun Ernst mit seiner Politik der Stärke, geht das Wettüben zwischen Ost und West erst richtig los.

Schon meldete Amerika-Heimkehrer Genscher, daß die jetzt angekündigte Erfassung der wehrfähigen jungen Amerikaner nur die erste Stufe zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in den USA sei. Für einen Einsatz im Mittleren Osten müßten die USA auf Truppen ihrer strategischen Reserve zurückgreifen, die in den Vereinigten Staaten stehen und im Krisenfall eigentlich die Abwehrfront in Europa verstärken sollen. Wie die so gerissenen Lücken dann zu füllen seien, „darüber“, so Genscher, „müssen wir nachdenken“.

Die Überlegungen sind schon weit gediehen. In der letzten Sitzung des Bundessicherheitsrates verständigten sich Politiker und Militärs, allen öffentlichen Beschwichtigungen zum Trotz, darauf, den bundesdeutschen Verteidigungsetat um eine Milliarde zu erhöhen, wenn sich die USA am Persischen Golf verstärkt engagieren und um finanzielle Entlastung nachsuchen.

Die Oppositionsführer Franz Josef Strauß, Fritz Zimmermann und Helmut Kohl, von Schmidt vorigen Donnerstag zur Krisenrunde ins Kanzleramt gebeten, gaben ihr Wort, sie würden eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben mittragen — auch dann, wenn sie zu Lasten der vorgesehenen Steuersenkungen gehe.

Für die Nato-Planer steht die neue Arbeitsteilung längst fest: Wenn die Bündnismitglieder USA und Großbritannien mit Schiffen und Flugzeugen die Ölrouen des Westens sichern, werden die europäischen Partner, voran die Bundesrepublik, die Angelsachsen bei ihren Aufgaben in der Nordsee und im Atlantik entlasten. Dazu brauchte die Bundesmarine fürs erste über die sechs bereits bestellten Fregatten hinaus zwei weitere dieser raketenbestückten Schiffe (Kosten: 500 Millionen Mark).

Für den Fall, daß in einer Krise US-Transportgerät fehlen sollte, wollen die Nato-Logistiker jetzt erstmals die Luft-hansa-Flotte und die deutsche Handelsmarine in ihre Notplanung aufnehmen.

Und längst steht — mag es Apel auch abstreiten — die Verstärkung der Bundeswehr zur Diskussion. Genscher ließ vorletzte Woche in New York verbreiten, er finde es „sehr interessant“, was CSU-Chef Strauß in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erklärt habe: Der Bayer hatte dort getönt, für ihn seien weder die Sollstärke der Bundeswehr noch die Dauer der Wehrpflicht ein Tabu. Genscher: „Eine Grundlage für konstruktive Gespräche zwischen Regierung und Opposition.“

Doch noch hat Helmut Schmidt Hoffnung, daß die Eskalation durch intensive Gespräche und persönliche Kontakte aufzuhalten ist. Denn Carter, glaubt Schmidt, läßt sich in der direk-

ten Diskussion durchaus beeinflussen. So schreibt der Kanzler es seinen Telefongesprächen mit dem Präsidenten gut, daß die Amerikaner auf eine Seeblockade gegen den Iran verzichteten.

Auch sei es ein kapitaler Fehler gewesen, daß Carter und Breschnew zuwenig persönlichen Kontakt hatten. Sonst hätte Carter den Russen vielleicht noch rechtzeitig klarmachen können, daß Washington den Einmarsch in Afghanistan nicht als Polizeiaktion im eigenen Machtbereich hinnehmen würde wie 1968 die Invasion in die CSSR.

Um den Dialog zwischen Ost und West wieder in Gang zu bringen, will Schmidt selbst aktiv werden. Nach seinem Besuch in Washington Anfang März möchte der Kanzler so rasch wie möglich im Kreml vorsprechen.

OLYMPIA-BOYKOTT

So deprimierend

Bleiben die Amerikaner bei ihren Boykottplänen, wird die Bundesregierung mitziehen — gegen ihren Willen.

Hier eine zielstrebig handelnde Opposition, dort eine um Worte und Entscheidungen verlegene Regierung: Dieses werbewirksame Kontrastbild hatte Helmut Kohl sich ausgemalt, als er am vergangenen Montag das CDU-Präsidium und tags darauf die CDU-CSU-Bundestagsfraktion eilfert'g auf den Olympiaboykott-Kurs des US-Präsidenten Jimmy Carter verpflichtete.

Am Mittwoch widersprach der gemeinsame Kanzlerkandidat.

ner über Carters olympischen Alleingang, und dies nicht nur wegen seiner möglichen politischen Folgen, sondern auch wegen der Vorgeschichte.

Immer wieder nämlich hatten die Amerikaner in den vergangenen Wochen beteuert, die Moskauer Spiele stünden — zumindest vorerst — nicht im Katalog der Maßnahmen gegen den Sowjeteinmarsch in Afghanistan. Noch am Montag und Mittwoch vorletzter Woche hatten hohe US-Beamte Bundeskanzler Helmut Schmidt versichert, an einen Olympia-Boykott sei nicht gedacht.

Die Kehrtwende kündigte sich am vorletzten Samstag an, als der amerikanische Bonn-Botschafter Walter J. Stoessel das Auswärtige Amt über die Absicht seines Präsidenten informierte, Moskau nun doch den Boykott anzudrohen. Eilends setzten sich Genschers Beamte mit ihrem zur Krisen-Konsultation in die USA gereisten Chef in Verbindung, der daraufhin telephonisch weitere Auskünfte von US-Außenminister Cyrus Vance einholte.

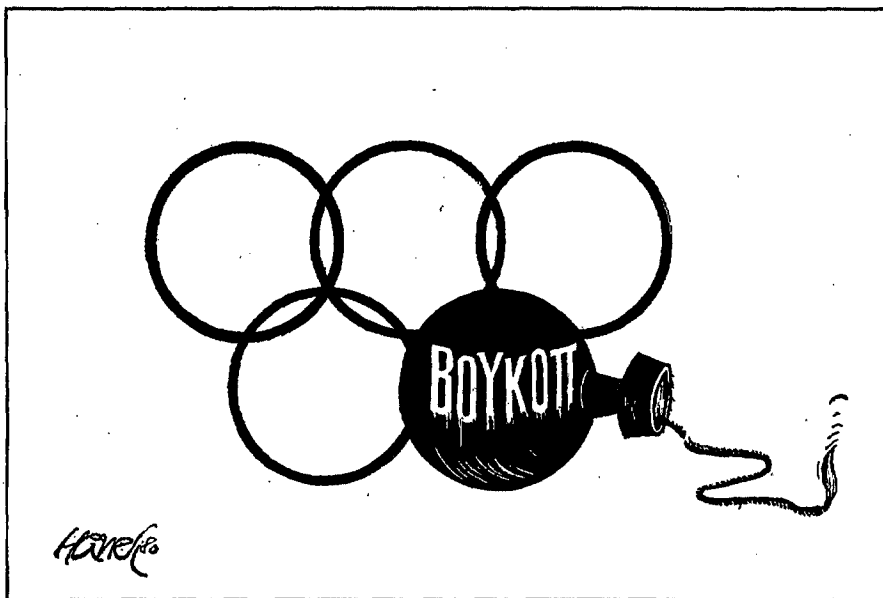
Obwohl schon vorbereitet, zeigten sich die Bonner doch überrascht, als Carter am gleichen Tag mit alttestamentarischer Strenge verkündete, die USA würden Olympia fernbleiben, falls die Russen nicht binnen eines Monats Afghanistan geräumt hätten. Ein deutscher Diplomat in New York: „Damit haben wir nicht gerechnet.“

So zog sich der verunsicherte Genscher während seiner USA-Visite immer wieder auf die in Telefonaten mit Schmidt ausgeheckte Erklärung zurück, Bonn habe „großes Verständnis“ für den Schritt der USA. Das Wörtchen „groß“, versicherten derweil Begleiter des AA-Chefs, sei nur deshalb in die Erklärung gekommen, weil es wie eine Distanzierung wirken müßte, würde man bloß von „Verständnis“ reden.

Aber selbst das können die Bonner kaum aufbringen — nicht zuletzt deshalb, weil Washington versäumte, die Verbündeten vor einer so gewichtigen Entscheidung zu konsultieren. Ein SPD-Spitzenmann: „Ich habe bisher gedacht, es gehe im Iran und in Afghanistan um die Solidarität des Westens. Dann müssen sich die Amerikaner aber auch gefälligst mit uns beraten.“

Wie der Rat der Bonner ausgefallen wäre, hatten Regierungsmitglieder schon vor der Carter-Ankündigung deutlich gemacht. FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff unlängst auf seiner Arabien-Reise: „Olympia-Boykott ist Unfug. Dann redet alles nur über die geplatzten Spiele und niemand mehr über die Invasion in Afghanistan.“

Überwiegend Kritisches wurde auch letzte Woche im Kabinett angemerkt. Gewiß stimmte FDP-Innenminister Gerhart Rudolf Baum seinem Parteifreund Genscher zu, der Sport sei immer ein Instrument der Politik gewesen, als solches aber eben auch ein



Die Lunte brennt

Kölner Stadt-Anzeiger

Die Sowjetführer, meint der Kanzler, hätten ebenso viele Fehler gemacht wie die Amerikaner. So ist für Schmidt die Verbannung des Dissidenten Sacharow keine bewußte Provokation. Die Sowjet-Union habe vielmehr versucht, zu Beginn des olympischen Jahres die Opposition im Lande einzuschüchtern — und einmal mehr die Reaktion des Westens falsch eingeschätzt.

Ob der Osten allerdings noch gesprächsbereit ist, hat Schmidt bisher nicht erkunden können. Er zweifelt immer mehr daran, daß Moskau dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Genehmigung für den geplanten deutsch-deutschen Gipfel gibt.

Im Kabinett beklagte der Kanzler, der Draht nach Moskau sei gestört, er empfangt keine Botschaften mehr. Schmidt: Generalsekretär Breschnew lese nur noch von Zetteln ab, Ministerpräsident Kosygin sei offenbar krank, und mit Außenminister Gromyko sei nicht zu reden.

Ein Boykott der Moskauer Spiele, verkündete Franz Josef Strauß vor einer Bonner Journalisten-Runde, mache so lange keinen Sinn, wie er nicht von anderen Maßnahmen begleitet werde. Für den Präsidiumsbesuß der Schwesterpartei hatte der Bayer („Ich war nicht der schärfste Rufer im Streit“) nur Spott übrig: Damit sei die CDU jedenfalls von dem Vorwurf frei, „nicht schnell genug gewesen zu sein“.

Was immer Strauß bewogen haben mag, als er sich vom Aktionismus Kohls und der eigenen CSU-Parlamentarier so deutlich distanzierte — mit seiner Skepsis lag er durchaus auf der Linie der Regierenden. Außenminister Hans-Dietrich Genscher, ebenfalls am letzten Mittwoch, vor dem Kabinett: Es sei ein politischer Fehler, die Teilnahme an den Spielen zur zentralen Frage zu machen, das könne „nur eines von mehreren Instrumenten sein“.

Tatsächlich verbirgt sich hinter öffentlichen Solidaritätsbekundungen mit den USA tiefe Mißstimmung der Bon-